

KURZ UND PRÄGNANT

Flop Praxisgebühr

Zum 1. Januar 2013 wird die Praxisgebühr abgeschafft. Dazu sagte MdL Jörg Kubitzki: „DIE LINKE war schon immer für deren Abschaffung. Dieser Flop wurde durch Rot-Grün, mit Zustimmung von CDU/CSU und Enthaltung der FDP, eingeführt. Die FDP hat dafür gesorgt, dass Krankenkassen Zusatzbeiträge bzw. eine Kopfpauschale erheben dürfen und weiterhin Zuzahlungen für Medikamente zu leisten sind. Das heißt, auf der einen Seite behalten die Patienten zehn Euro und auf der anderen Seite hat die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene bereits zwei Regelungen neu geschaffen, die zu Lasten der Kranken gehen. Notwendig ist eine solidarische Bürgerversicherung mit einer gerechten und stabilen Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen.“ ■

Mindestentgelt

MdL Susanne Hennig macht die ungenügende soziale Sicherung für die hohe Zahl an Ausbildungsabbrüchen und den Wegzug vieler Ausbildungssuchenden aus Thüringen verantwortlich. Schließlich sei es ein erheblicher Unterschied, ob man als Industriemechaniker über ein Ausbildungsentgelt von 800 Euro verfüge oder als Floristin über 300 Euro. Das Friseurhandwerk liege noch darunter. „Die Jugendlichen brechen ab, suchen sich etwas anderes oder gehen gleich in die Nachbarbundesländer. Die LINKE fordert ein Entgelt in Höhe von mindestens 500 Euro, um dem Abwanderungstrend effektiv entgegen zu wirken.“ ■

Steigende Kosten

„Die prognostizierten Steuermehreinnahmen der November-schätzung 2012 beim Land in Höhe von fast 200 Millionen Euro und bei den Thüringer Gemeinden mit 33 Millionen Euro sind erfreulich, dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die notwendigen Ausgaben ständig steigen“, so MdL Frank Kuschel. Es wäre vom Land nicht fair, die Steuermehreinnahmen der Gemeinden vollständig mit den Landeszuweisungen zu verrechnen.

„Denn den Gemeinden verbleibt also kaum etwas von den Steuermehreinnahmen und dies bei steigenden Kosten. In der Folge kommen die meisten Kommunen nicht aus der Finanzmisere heraus. Die LINKE fordert deshalb im Rahmen der laufenden Haushaltsdebatte, dass zumindest ein Teil der kommunalen Steuereinnahmen auch dort verbleiben und eben nicht angerechnet werden“, so der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion abschließend. ■

Die Opfer wurden zu Verdächtigen gemacht

...weil „niemand den rassistischen Hintergrund erkennen wollte“

Anlässlich des zufälligen Auffliegens des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ vor einem Jahr am 4. November 2011 in Eisenach erklärte Bodo Ramelow, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habi Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodor Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter: Zehn Namen, die wir am Jahrestag des Auffliegens des NSU nennen müssen. Die Trauer um die Opfer des rassistischen Nazi-Terrors und ein würdiges Gedenken stehen im Mittelpunkt.“ (s. Archiv-Foto vom Gedenken im Dezember 2011 in Erfurt).

Während andere den Anlass nutzten, um für die Ausweitung der Befugnisse der Geheimdienste und Sicherheitsbehörden zu trommeln, sei es notwendig, daran zu erinnern, dass diese Menschen Opfer von rassistischer Gewalt wurden. „Sie wurden nicht deswegen ermordet, weil die Behörden zu wenige Informationen über die Mörder und ihr Umfeld hatten. Die Täter wurden nicht gefunden, weil niemand einen rassistischen Hintergrund der Morde erkennen konnte oder wollte“, so Ramelow.

Martina Renner: Aufklärung unvermindert fortsetzen

Mit Blick auf die Anklageschrift gegen Beate Zschäpe und Unterstützer des neonazistischen Terrornetzwerks NSU erklärte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Martina Renner: „Die strafrechtliche Aufarbeitung der Morde und Bombenanschläge und

die Verurteilung der Täter und Mitverantwortlichen ist insbesondere für die Angehörigen der Ermordeten und weiteren Opfer der Verbrechen des NSU ein wichtiger Schritt. Die Justiz- und Sicherheitsbehörden haben in den letzten Jahren erhebliches Vertrauen verloren. Nicht nur, dass im letzten Jahr für nahezu unmöglich gehaltene Sachverhalte über Verstrickungen von Si-

Agieren der Sicherheitsbehörden ohne Ausblendung der politischen Hintergründe der Morde leistet.“ Martina Renner verwies darauf, dass viele im Raum stehende Fragen im Rahmen eines Strafprozesses entweder strafrechtlich nicht oder aufgrund eingetretener Verjährung nur unzureichend von Relevanz sein können. „Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse



cherheitsbehörden in neonazistische Strukturen sowie zu Ermittlungsfehlern und -unterlassungen bekannt wurden, auch dass die Opfer und die Angehörigen der Opfer selbst zu Verdächtigen gemacht wurden und gegen sie ermittelt wurde.“

„Dabei haben rassistisch konnotierte Begriffe für die Mordserie und die ermittelnde SOKO zu Recht Empörung hervorgerufen. Der bevorstehende Strafprozess muss sich auch daran messen lassen, ob er als Teil der notwendigen Wiedergutmachung auch rückhaltslose Aufklärungsarbeit über das gesamte neonazistische terroristische Netzwerk und das skandalöse

müssen ungeachtet der strafrechtlichen Aufarbeitung ihre Aufklärungsarbeit unvermindert fortsetzen. Das Ausmaß des neonazistischen Netzwerkes und die Verantwortung der Sicherheitsbehörden und der Politik dafür, dass sich Neonazistrukturen verfestigen und militarisieren konnten, als auch das gesellschaftliche Klima, in denen Neonazis agieren konnten, muss weiterhin aufgeklärt und thematisiert werden. Nur aus der Gesamtheit strafrechtlicher Aufarbeitung und parlamentarischer und öffentlicher Aufklärung kann die Gefahr einer Wiederholung neonazistischer Mord- und Terroranschläge minimiert werden.“ ■

Katharina König: Neonazi-Szene unterstützt NSU-Helfer

„Während bei den Behörden die juristischen Vorbereitungen für den NSU-Prozess im Frühjahr 2013 in München auf Hochtouren laufen, schläft auch die bundesdeutsche Neonazi-Szene nicht. Nach diversen NSU-Unterstützer-Aktionen haben nun 15 neonazistische Bands eine Solidaritäts-CD produziert, deren Erlös möglicherweise vollständig dem inhaftierten Neonazi Ralf Wohlleben zugute kommen soll“, informiert Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Nach der Abgeordneten vorliegenden Informationen erschien der Tonträger Anfang Oktober 2012 unter dem Titel „Sampler - Solidarität Vol. IV“ und wird bundesweit bereits bei über einem Dutzend Szene-Versandhändlern vertrieben. Nach Verlautbarungen von Neonazis im Internet, darunter dem Betreiber eines rechten Immobilienprojektes in Crawinkel, soll der vollständige Erlös durch den CD-Verkauf an den inhaftierten Neonazi Ralf Wohl-

leben fließen, dem vorgeworfen wird, die tödliche Schusswaffe für den NSU beschafft zu haben. „Wohlleben wird auch ein Jahr nach dem Auffliegen des NSU aus einem ähnlichen und teils selben Milieu unterstützt, wie einst das flüchtige NSU-Trio aus Jena.“

Unter den auf der Neonazi-CD aufgeführten Bands wird nicht nur der ehemalige 'Landser-Sänger' gelistet, auch stammen mehrere der Bands aus dem Bereich des internationalen 'Blood&Honour'-Netzwerks. Nach derzeitigem Kenntnisstand erhielt der 'Nationalsozialistische Untergrund' (NSU) rund ein Kilo TNT-Sprengstoff durch das Blood&Honour-Netzwerk, welches sich ab Januar 1998 auch als Fluchthilfeorganisation erwies und den Weg dafür bereitete, dass die Neonazi-Gruppe um Mundlos, Bönhardt und Zschäpe viele Jahre lang ungestört morden konnte.“ Katharina König verweist darauf, dass die Thüringer Neonazi-Band „SKD“, die ebenfalls aus dem Spektrum von

Blood&Honour stammt, auf der CD Ralf Wohlleben ein eigenes Solidaritätslied gewidmet hat und darin seine Freiheit fordert. Mitglieder der Band sind in der Vergangenheit durch Gewalttaten und Waffendelikte in Erscheinung getreten. In einem anderen Lied der Band heißt es: „Hängt sie auf die Volksverräter, an Laternen oder Baum. Es erwacht das Reich der Väter bald aus einem bösen Traum. Jagt das Pack ... raus aus jedem deutschen Gau. Ausländerpack und Synagogen raus, raus, raus!“

Vor dem Hintergrund, dass erst kürzlich ein Neonazi-Konzert aus dem Spektrum von „Blood&Honour“ in Deutschland organisiert wurde, an dem auch eine Thüringer Neonazi-Band beteiligt war, reichte Katharina König Kleine Anfragen bei der Landesregierung ein (www.die-linke-thl.de), um die Hintergründe zur CD-Produktion, Verstrickungen mit Wohlleben und mögliche Nachfolgestrukturen des verbotenen Netzwerkes aufzuklären. ■